

Dezentral denken

Die Bundesregierung plant den Bau neuer Gaskraftwerke. Martin Lass hält es jedoch für sinnvoller, einen Teil der benötigten Leistung durch bestehende Biogasanlagen bereitzustellen. Im Interview mit stadt+werk erläutert er das Potenzial der Bioenergie.

Herr Lass, die Bundesregierung plant den Bau neuer Gaskraftwerke, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Halten Sie den derzeit diskutierten Umfang für gerechtfertigt?

Der Versorgungssicherheitsbericht der Bundesnetzagentur hat im September 2025 eine Lücke in der Versorgungssicherheit zwischen 17 und 35 Gigawatt identifiziert. Andere Quellen gehen sogar von bis zu 50 Gigawatt aus. Wie groß die Lücke tatsächlich sein wird, bleibt abzuwarten. Entscheidend ist: Es gibt sie. Wenn wir aus der Kohleverstromung aussteigen wollen, müssen wir sagen, wie wir die wegfallende Leistung ersetzen wollen.

Welchen konkreten Beitrag könnten die bestehenden Biogasanlagen zur gesicherten Leistung leisten?

Hier muss man klar zwischen Leistung und Arbeit unterscheiden. Bioenergie erzeugt heute rund acht Prozent des deutschen Stroms. Diese Strommenge müssen wir gar nicht erhöhen. Vielmehr müssen wir den Zeitpunkt verändern, zu

dem dieser Strom produziert wird. Heute verfügen wir über etwa vier bis fünf Gigawatt Bioenergie-Leistung, die weitgehend kontinuierlich Strom produzieren. Statt die Strommenge zu erhöhen, könnten wir die Anlagen flexibilisieren und die installierte Leistung vervielfachen. Dann können wir die gleiche Brennstoffmenge gezielt zu den Zeiten einsetzen, in denen Wind- und Solarenergie nicht ausreichend Strom liefern und in den kommenden fünf Jahren auf diese Weise mehr als 20 Gigawatt zusätzliche flexible Leistung erreichen.

Manche Biogasanlagen stehen aufgrund politischer Rahmenbedingungen vor dem Aus. Wo sehen Sie Fehlanreize?

Ein wesentliches Problem ist das Denken in politischen Schubladen. Bioenergie betrifft gleichzeitig die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt, Energie und Wirtschaft. Solche Querschnittsthemen sind politisch schwer abzubilden. Bei der Versorgungssicherheit wird häufig noch aus der Perspektive der klassischen

Energiewirtschaft gedacht: große Kraftwerke, zentrale Strukturen und große Betreiber. Die dezentrale Bioenergie wird dagegen häufig vor allem als landwirtschaftliches Thema betrachtet. Für zusätzliche flexible Bioenergie-Leistung gibt es über den Flexibilitätszuschlag rund 100 Euro je Kilowatt installierter Leistung. Neue Gaskraftwerke sollen dagegen bis zu 244 Euro je Kilowatt erhalten können. Das ist keine gleichberechtigte Wettbewerbssituation.

2027 steht eine Reform des EEG an. Was müsste sich ändern, damit Biogasanlagen stärker zur Versorgungssicherheit beitragen können?

„Bioenergie erzeugt heute rund acht Prozent des deutschen Stroms.“

Zunächst müssen wir verhindern, dass der vorhandene Anlagenpark verloren geht. Dort steht ein volkswirtschaftlicher Vermögenswert von mehr als zehn Milliarden Euro. Ohne veränderte Rahmenbedingungen könnte ein erheblicher Teil der Anlagen vom Markt verschwinden. Deshalb brauchen wir erstens höhere Ausschreibungsmengen, damit mehr Betreiber ihre Anlagen flexibilisieren können. Zweitens muss der Flexibilitätszuschlag steigen. Statt der derzeitigen 100 Euro je Kilowatt halte ich etwa 130 Euro für angemessen. Selbst damit lägen wir noch deutlich unter der Förderung, die für neue Gaskraftwerke diskutiert wird. Diese Investitionen würden zudem überwiegend deutschen und europäischen Lieferketten



Im Interview: Martin Lass

Martin Lass ist Energielandwirt, Geschäftsführer der ASL-Gruppe und der BioEnergie Gettorf sowie Vorstandsmitglied des LEE.SH und des BEE. Für die Umwandlung von Biogasanlagen in regenerative Speicherkraftwerke wurde er 2023 als „Energie-landwirt des Jahres“ ausgezeichnet.

zugutekommen. Motoren, Speicher, Wärmenetze und weitere Komponenten werden vielfach von mittelständischen Unternehmen geliefert. Drittens darf Biomethan nicht aus dem Ausschreibungsdesign herausfallen. Die Tatsache, dass es zuletzt wenige Gebote gab, bedeutet nicht, dass kein Interesse vorhanden ist. Der Biomethanmarkt befand sich in einer schwierigen Situation, sodass den Betreibern teilweise kein Rohstoff zur Verfügung stand. Daraus zu schließen, dass Biomethan-KWK-Anlagen künftig keine Rolle mehr spielen werden, halte ich für falsch.

Welche Empfehlungen würden Sie der Politik mit Blick auf die anstehenden Entscheidungen zum Strommarkt und zum EEG 2027 geben?

Die Überschrift lautet: Dezentral denken und die heimische Versorgungssicherheit stärker in den Mittelpunkt rücken. Wir brauchen eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Dabei muss gefragt werden, welche Technologien unsere Ziele bei Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz am schnellsten und kostengünstigsten erreichen. Wenn das Ziel sinkende Strompreise sind, müssen alle verfügbaren Optionen anhand dieser Kriterien bewertet werden. Dazu gehört auch die Bioenergie. Vor Ort erleben wir, dass Kommunen und Betreiber zusammenarbeiten wollen, ihnen aber teilweise die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen fehlen. Deshalb lautet mein Rat an die Politik: Hört stärker auf die Kommunen und die Länder. Dort weiß man sehr genau, welche Lösungen vor Ort funktionieren können. Die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen.

Interview: Alexander Schaeff